



Ein Urteil des U.S. Court of Appeals für den Federal Circuit hat weitreichende Konsequenzen für die amerikanische Handelspolitik und das institutionelle Machtgefüge in Washington. Mit klarer Mehrheit urteilten die Richter, dass US-Präsident Donald Trump mit der Verhängung weitreichender Importzölle unter Berufung auf den International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) seine verfassungsmäßigen Kompetenzen überschritten habe. Die Entscheidung betrifft zentrale Bestandteile von Trumps wirtschaftspolitischer Agenda und könnte – je nach Ausgang eines möglichen Verfahrens vor dem Supreme Court – auch künftige Präsidenten erheblich einschränken.

Die „Liberation Day“-Zölle und ihre rechtliche Grundlage

Im Zentrum der juristischen Auseinandersetzung steht ein Maßnahmenpaket, das unter der Bezeichnung „Liberation Day Tariffs“ bekannt wurde. Diese sahen einen einheitlichen Zollsatz von zehn Prozent auf nahezu alle Importe vor, ergänzt durch deutlich höhere Sätze für ausgewählte Staaten. Der Donald Trump begründete die Maßnahme mit einer durch „wirtschaftliche Aggression“ ausgelösten nationalen Notlage und berief sich auf den IEEPA – ein Gesetz aus dem Jahr 1977, das ursprünglich zur Bekämpfung von Bedrohungen durch ausländische Mächte geschaffen wurde.

Der Federal Circuit widersprach dieser Argumentation jetzt deutlich. Die Richter machten geltend, der IEEPA sei keine Blankovollmacht für den Präsidenten, um eigenständig umfassende Wirtschaftspolitik zu betreiben. Vielmehr falle das Erheben von Zöllen unter die klassische Haushalts- und Gesetzgebungskompetenz des Kongresses. Die Regierung habe sich damit außerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens bewegt.

Handelspolitik als Exekutivmacht? Der institutionelle Kontext

Die Entscheidung reiht sich ein in eine Serie juristischer Auseinandersetzungen, in denen das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative in den USA neu justiert wird. Sie stützt sich implizit auf die sogenannte „Major Questions Doctrine“, wonach tiefgreifende politische Entscheidungen eine eindeutige gesetzliche Grundlage benötigen. Das Gericht betonte, dass weder der IEEPA noch andere Notstandsgesetze die umfassende Verhängung pauschaler Importzölle decken.

Die politische Signalwirkung ist erheblich: Präsidenten – auch mit parlamentarischer Rückendeckung – können sich nicht auf diffuse Bedrohungslagen berufen, um zentrale wirtschaftspolitische Weichenstellungen im Alleingang vorzunehmen. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen mit erheblichen budgetären und außenwirtschaftlichen Implikationen.



Wirtschaftliche Folgen und Unsicherheit für Unternehmen

Die ökonomischen Konsequenzen sind noch nicht voll absehbar, könnten aber beträchtlich sein. Sollte das Urteil Bestand haben, könnten betroffene Unternehmen Rückerstattungen auf bereits gezahlte Zölle in Milliardenhöhe einklagen. Gleichzeitig würden wichtige Einnahmequellen wegfallen, auf die das Trump-Lager zur Finanzierung wirtschaftspolitischer Initiativen gesetzt hatte.

Unmittelbar sorgt das Urteil für Unsicherheit – sowohl bei multinationalen Konzernen als auch bei mittelständischen Importeuren. Welche Zölle künftig Bestand haben und welche rückabgewickelt werden müssen, bleibt vorerst unklar. Eine Entscheidung des Supreme Court wird voraussichtlich noch im Herbst fallen. Bis dahin bleibt die Wirkung des Urteils ausgesetzt.

Der politische Widerhall

Donald Trump reagierte gewohnt scharf auf das Urteil. In einer Stellungnahme sprach er von einer „Katastrophe für das Land“ und kündigte umgehend die Anrufung des Obersten Gerichts an. Die Argumentation der Gegenseite verunglimpfte er als „juristischen Aktivismus“ – ein Vorwurf, der sich in den letzten Jahren zum festen Bestandteil seines politischen Vokabulars entwickelt hat.

Gleichzeitig bleibt ein Teil von Trumps Zollpolitik unangetastet – etwa Maßnahmen auf Grundlage von Section 232 des Trade Expansion Act, der Zölle aus Gründen der nationalen Sicherheit erlaubt. Doch der Grundsatz, dass der Präsident umfassende Handelsmaßnahmen im Alleingang ergreifen kann, wurde deutlich geschwächt.

Auch auf dem Capitol Hill hat das Urteil Bewegung ausgelöst. Abgeordnete beider Parteien prüfen derzeit, ob bestehende Gesetze nachgeschärft oder neu gefasst werden müssen, um dem Weißen Haus künftig klarere Leitplanken bei der Handelspolitik zu setzen.

Die Entscheidung des Federal Circuit markiert eine Wegscheide: Sie stellt nicht nur eine juristische Korrektur einer umstrittenen Politik dar, sondern definiert die Grenzen präsidentieller Gestaltungsmacht neu. Damit wird sie auch zum Prüfstein für das institutionelle Selbstverständnis der Vereinigten Staaten.

Autor: P. Tiko